

DETLEF BRANDES

„EINE VERSPÄTETE TSCHECHISCHE ALTERNATIVE
ZUM MÜNCHENER ‚DIKTAT‘“

Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage 1938–1945

Als ich im Archiv der New Yorker Columbia-Universität den Nachlaß des tschechischen Diplomaten Jaromír Smutný durchsah, stieß ich überraschend auf eine Originalakte aus dem Foreign Office. Sie enthielt den Bericht eines britischen Diplomaten vom 22. Mai 1941 über ein Gespräch mit Edvard Beneš, dem langjährigen Außenminister und späteren Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik. Bei seinem britischen Gesprächspartner handelt es sich um Sir Robert Bruce Lockhart, den damaligen „britischen Vertreter bei der provisorischen tschechoslowakischen Regierung“ in London¹. Dem Bericht über seine Besprechung mit Beneš legte Lockhart eine Karte der Tschechoslowakei bei, auf der er diejenigen Gebiete eingezeichnet hatte, zu deren Abtretung an Deutschland und Ungarn Beneš sich in dem Gespräch bereit erklärt hatte.

Zuerst gilt es, die Frage zu beantworten, wie die Foreign Office-Akte in den Nachlaß Smutnýs und schließlich ins Archiv der Columbia-Universität gelangt ist. Lockhart war kein gewöhnlicher Diplomat. 1912 schickte das Foreign Office den 25-jährigen Schotten als Vizekonsul nach Moskau. Die Oktober-Revolution verpaßte er, da ihn das Foreign Office wegen einer seiner – übrigens zahlreichen – Liebesaffären nach London zurückbeordert hatte². Nach der Revolution kam er als nichtoffizieller Vertreter der britischen Regierung nach Moskau zurück und verhandelte häufig mit den neuen Führern des Landes. Nach dem Attentat auf Lenin am 31. August 1918 wurde er als Rädelführer einer angeblichen „alliierten Verschwörung“ verhaftet und einen Monat später gegen Maksim Litvinov, den späteren sowjetischen Volkskommissar des Äußeren, ausgetauscht³. Die Zeit von 1920–1925 verbrachte er meist in Prag, zuerst als Handelssekretär an der britischen Gesandtschaft, danach als Direktor der Anglo-Tschechoslowakischen Bank. Lockhart zog es in die Prager Nachtclubs, wo er zuviel Geld für russische Zigeunermusik ausgab, „der unwiderstehlichsten aller menschlichen Versuchungen“⁴, und zuweilen seine „Glanznummer“ vorführte, einen Balance-

¹ Lockhart hatte damals zugleich eine führende Position im Political Intelligence Department inne.

² Kenneth Young (Hrsg.), *The diaries of Sir Robert Bruce Lockhart*, 2 Bde., London 1973, hier Bd. 1, S. 22–30.

³ Ebenda, S. 31–46.

⁴ Robert H. Bruce Lockhart, *Als Diplomat, Bankmann und Journalist im Nachkriegseuropa*, Stuttgart/Berlin [o. J.], S. 169.

akt auf zwei Champagnerflaschen „hoch oben auf dem Barbüfett“, die ihm „stets einen Haufen Wettgewinne eintrug“⁵.

In Prag lernte er Präsident Tomáš Garrigue Masaryk, Außenminister Beneš und den Präsidentensohn Ján kennen, der seit 1925 sein Land als Gesandter in London vertrat. Lockhart bewunderte „Masaryk, den Weisen“, ebenso wie Beneš, „den unermüdlichsten Arbeiter der Welt“, und war mit Ján Masaryk befreundet. Regelmäßig spielte er Tennis mit Beneš, der „ohne rechten Tennisschuß im Schläger, die ganze Gewandtheit eines lebenslänglichen Abstinenten und Nichttrauchers besaß“. Beneš habe sich begrenzte Kenntnisse in mehreren Fremdsprachen angeeignet, „die ihm, wäre er ein englischer Minister, den Ruf der Allwissenheit eingetragen hätten“, notierte er in seinen Erinnerungen⁶. Lockhart selbst lernte so viel Tschechisch, daß er „mit Genuß lesen und mit Verständnis einer Theateraufführung folgen konnte“⁷. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde er vom Foreign Office reaktiviert und u. a. mit der Verbindung zum politischen Exil aus der besetzten Tschechoslowakei betraut. Gegenüber dem Foreign Office vertrat Lockhart die Interessen der Tschechoslowakei und nahm stets für Beneš und gegen dessen Kritiker Partei. Ich vermute, daß Lockhart seinen Bericht auf Bitten Benešs wieder ansich genommen und diesem bzw. dessen Mitarbeiter Smutný ausgehändigt hat.

Als Beneš im Jahre 1935 nach einer 17-jährigen Tätigkeit als Außenminister zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik gewählt worden war, holte er Smutný aus dem Außenministerium in die Präsidentenkanzlei. Die Septemberkrise 1938 erlebte Smutný als Sekretär Benešs. Als sein Chef nach dem Münchener Abkommen ab danken mußte, wurde Smutný als Konsul in die Türkei geschickt. Nach der Annexion Böhmens und Mährens im März 1939 baute Smutný Benešs persönliche Kanzlei in London auf, an deren Spitze er auch nach der Rückkehr des Präsidenten nach Prag und bis zum Tode seines Mentors im September 1948 stand. Inzwischen hatten die Kommunisten die Macht ergriffen. Der möglichen Verfolgung entzog sich Smutný im Jahre 1949 durch die Flucht nach Großbritannien, wo er bis zu seinem Tode 1964 das Beneš-Institut leitete⁸. Der Hauptteil seines Nachlasses, besonders sein politisches Tagebuch, liegt in Prager Archiven. Nur wenige Dokumente, die er offenbar für besonders kompromittierend hielt und vor den Augen der Gegner seines Präsidenten verbergen wollte, nahm er mit ins Exil. Einen Teil der Dokumente übergab seine Witwe der Columbia-Universität. Zu diesen gehören die Protokolle, die Smutný über Benešs Besprechungen mit Stalin und Molotov im Dezember 1943 angefertigt und deren Veröffentlichung im Jahre 1974 heftige Kontroversen ausgelöst hat⁹, und eben auch der Bericht Lockharts, um dessen Interpretation es im folgenden gehen wird.

⁵ Ebenda, S. 161.

⁶ Ebenda, S. 72–87.

⁷ Ebenda, S. 164.

⁸ Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943. K vydání připravili Libuše Otáhalová a Milada Červinková, Prag 1966, Bd. 1, S. 6 (künftig: DHČSP).

⁹ Vojtěch Mastný, Benešovy rozhovory se Stalinem a Molotovem, in: Svědectví 12 (1974), S. 467–498. Abgedruckt auch in: Ders., The Benes-Stalin-Molotov Conversations in December 1943: New Documents, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 20 (1972), S. 367–402.

Lockhart hatte vom Foreign Office den Auftrag bekommen, Beneš zu fragen, ob sich seine Vorstellungen über die Zukunft der Sudetendeutschen geändert hätten. In einem Interview mit einem Korrespondenten der holländischen Exilzeitung *Vrij Nederland* hatte Beneš nämlich gesagt: „Die große Mehrheit der Sudetendeutschen bedauert, was geschehen ist. Wir von unserer Seite nehmen in dieser Frage eine sehr reservierte Haltung ein. Wir wissen, daß dieses Gebiet wieder zu unserer Republik gehören wird. Wir hoffen, daß die Ereignisse selbst Europa zeigen werden, was für eine Lösung nötig ist und wie die Welt mit ‚Henlein‘ umgehen muß.“¹⁰

Indessen stand diese Erklärung nach Meinung Frank Roberts', eines Mitarbeiters der Mitteleuropa-Abteilung des Außenministeriums, im Widerspruch zu einer früheren Aussage Benešs gegenüber Lockhart: Er sei bereit, „einen ziemlich großen Teil des Sudetengebiets im Nordwesten aufzugeben und in anderen Teilen dieses Gebiets sogar einen Austausch der Bevölkerung zu erwägen“¹¹.

Das aus den Akten des Foreign Office entnommene Dokument enthält Lockharts Bericht über seine Nachfrage bei Beneš und, was wohl für die Entwendung entscheidend war, die erwähnte Karte. Beneš erklärte Lockhart, daß er von dem Korrespondenten der holländischen Zeitung falsch zitiert worden sei, und entwickelte seinen Plan für die Lösung der Minderheitenfragen in der Tschechoslowakei (Karte S. 224).

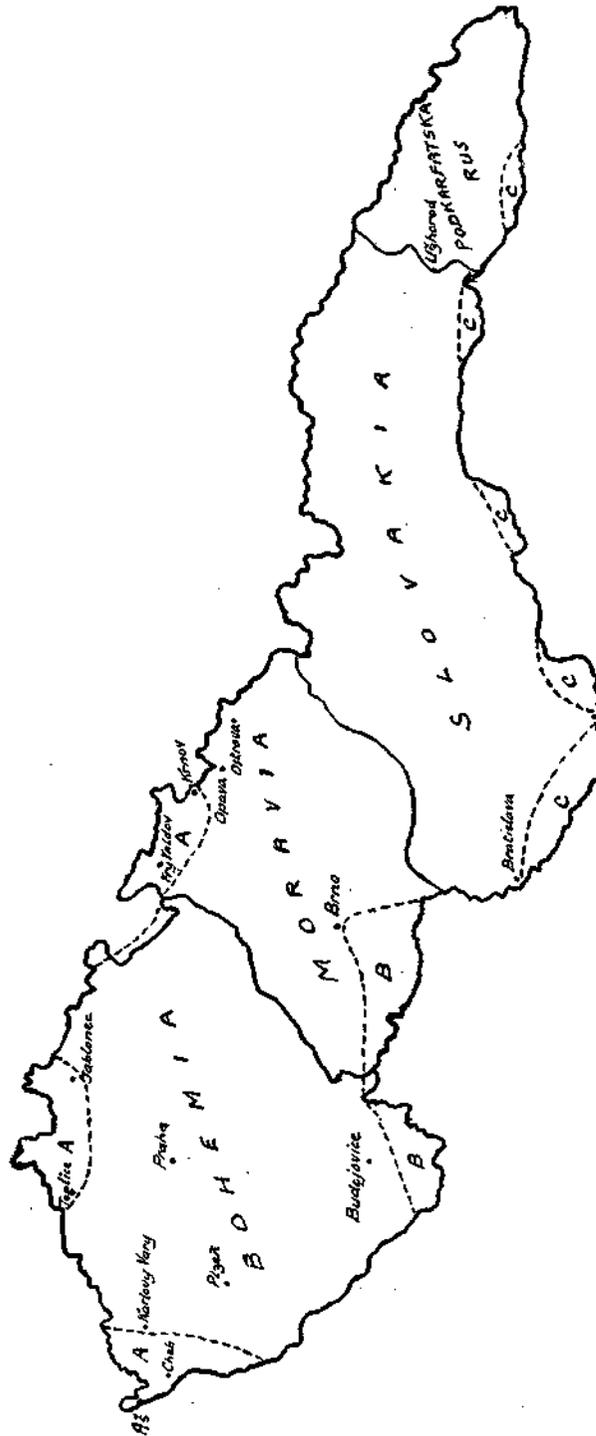
Er sei bereit, sagte Beneš, je einen Grenzstreifen in Westböhmen, in Nordböhmen und in Tschechisch-Schlesien mit insgesamt rund 900 000 Deutschen an Deutschland abzutreten. Die rund 291 000 Deutschen Südböhmens und Südmährens wolle er gegen Tschechoslowaken austauschen, die gegenwärtig in Österreich lebten. Werde Österreichs Unabhängigkeit wiederhergestellt, sei dieses Problem leicht zu lösen. Die auf der Karte gestrichelte Linie durchschneidet auch das Glatzer Becken und zeigt Benešs Wunsch nach einer kleinen Kompensation für die territorialen Verluste. Er nehme an, sagte Beneš zu Lockhart, daß 300 000 Deutsche nach dem Sieg der Alliierten nach Deutschland fliehen und 400 000 Deutsche, vor allem Sozialdemokraten, für die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft optieren werden. Die restlichen 1 100 000 Deutschen würden „ins Reich zurückgeschickt“. An Ungarn werde die Tschechoslowakei Landstriche mit 510 000 Madjaren abtreten und die restlichen 200 000 Madjaren gegen in Ungarn lebende Slowaken austauschen. Dieser Plan dürfe nicht als definitiv betrachtet werden, betonte Beneš. Er erklärte Lockhart, daß er große Schwierigkeiten haben werde, seine eigenen Landsleute für die Annahme dieser Vorschläge zu gewinnen, doch glaube er, eine Lösung gefunden zu haben, die helfen könne, alle Minderheitenprobleme in Mittel- und Südosteuropa zu lösen¹².

Nach der Lektüre von Lockharts Bericht äußerte sich Roberts zufrieden, daß Beneš seine früheren Ideen nicht aufgegeben habe. Sie seien zwar schwer zu verwirklichen,

¹⁰ Dem Central Department des Foreign Office war diese Aussage erst aufgefallen, als die Zeitung einen Auszug aus dem Interview nachgedruckt hatte.

¹¹ *Vrij Nederland* vom 1. 5. 1941 mit Vermerk Roberts vom 7. 5. 1941, in: Public Record Office (künftig: PRO), FO 371/26392, C4941/639/12.

¹² Lockhart an Eden am 22. 5. 1941, in: Archives of the Columbia University, Teil-Nachlaß Smutný.



böten jedoch „eine staatsmännische Lösung dieses heiklen Problems“. Mit den Worten „Wir werden sehen“ deutete Roger Makins, ein weiterer Beamter der Mitteleuropa-Abteilung, seine Skepsis an, während Abteilungsleiter William Strang Benešs Plan „eine verspätete tschechische Alternative zum Münchener ‚Diktat‘“ nannte. Staatssekretär Alexander Cadogan und Minister Antony Eden wurde Lockharts Bericht ebenfalls vorgelegt¹³. Versuchen wir, die einzelnen Elemente dieses Plans mit früheren und späteren Zukunftsentwürfen Benešs zu vergleichen.

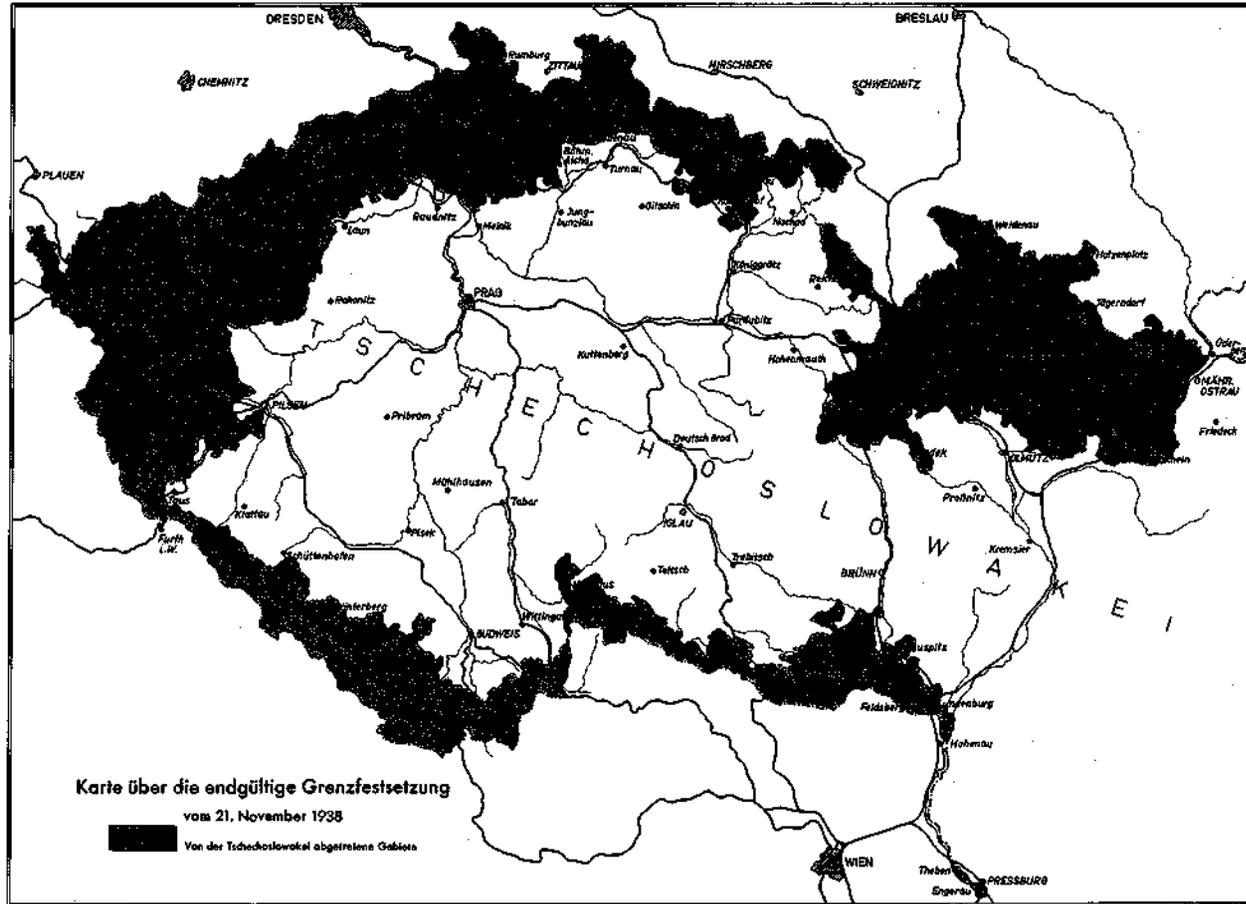
Abtretung bzw. Austausch von Gebieten

Am 15. September 1938 brach die Führung der Sudetendeutschen Partei, die bei den Parlamentswahlen von 1935 zwei Drittel der nicht-kommunistischen deutschen Stimmen erhalten hatte, die Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung über ein Autonomie-Statut ab und erklärte: „Wir wollen heim ins Reich!“ Am selben Tage legte Hitler dem britischen Premierminister Chamberlain seine Forderung nach dem Anschluß der deutschen Grenzgebiete der Tschechoslowakei an das Großdeutsche Reich vor. Zwei Tage darauf schickte Beneš den sozialdemokratischen Minister Jaromír Nečas nach Paris, um Leon Blum einen „äußerst geheimen“ Plan vorzulegen, den er am selben Tag auch mit dem französischen Gesandten in Prag besprach. Die Karte, auf der Beneš die Gebiete eingezeichnet hatte, auf die die Tschechoslowakei verzichten könne, da sie vor ihren Grenzbefestigungen lägen, wurde bisher nicht gefunden. Aus de Lacroix' Beschreibung des Grenzverlaufs geht jedoch hervor, daß es sich um dieselben drei Gebiete in Westböhmen, Nordböhmen und Tschechisch-Schlesien mit 8–900 000 Deutschen handelt, die wir auf Lockharts Skizze gefunden haben¹⁴. Die strategischen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Interessen der Tschechoslowakei spielten jedoch keine Rolle, als die Münchener Konferenz am 1. Oktober 1938 einen Zeitplan für die Räumung der deutsch besiedelten Gebiete der böhmischen Länder festlegte, wie die folgende Karte zeigt, auf der die abgetretenen Grenzstreifen schwarz eingezeichnet sind (vgl. die Karte auf S. 226).

Ende Januar 1939, d. h. zur Zeit der kurzlebigen Nachmünchener Republik, legte Beneš seine Vorstellungen über die künftigen Grenzen der Tschechoslowakei in einem Gespräch mit Jaroslav Drábek dar, dem Abgesandten einer Gruppe seiner ehemaligen Mitarbeiter in Prag. Auch Drábeks Zeichnung (siehe S. 227), die 1967 von Ján Křen veröffentlicht wurde, enthält die genannten drei Gebiete, wobei die Grenze in Westböhmen noch östlich von Karlsbad gezogen werden sollte. Darüber hinaus dachte Beneš damals noch an den Verzicht auf kleinere Landstriche in Südböhmen und Südmähren, nämlich bei Kaplitz, Neubistritz und Nikolsburg. Insgesamt könnten Gebiete mit rund 1,4 Millionen Deutschen an Deutschland und Österreich abgetreten werden. Die gestrichelte

¹³ Vermerke Roberts, Makins, Strang, Cadogan und Eden vom 26. 5. bis 1. 6. 1941, in: Ebenda.

¹⁴ De Lacroix an Bonnet, Instruction Benešs an Nečas, beide vom 17. 9. 1938, in: Documents Diplomatiques Français 1932–1939 (künftig: DDF), 2ème Série, t. XI, Paris 1977, S. 273 ff., 288 f.



mierte Beneš in einer geheimen Depesche die Widerstandsbewegung im Protektorat über sein Programm: Er verzichte nicht auf die historischen Grenzen, doch sei dies für ihn eine Opportunitäts- und keine Grundsatzfrage. Das Wichtigste sei die Bildung eines ethnisch tschechischen Territoriums, dessen Grenzen er in der Depesche beschrieb. Diese stimmen weitgehend mit Drábeks Zeichnung überein. Die deutschen Gebiete sollten als Kantone Karlsbad, Reichenberg und Jägerndorf im Rahmen der Tschechoslowakei bleiben. Trennten sie sich dennoch von der Republik, käme es nicht zu Grenzen, die militärisch nicht zu verteidigen seien, wie nach dem Münchener Abkommen, deponierte Beneš¹⁸. Den Wunsch nach einer territorialen Kompensation auf Kosten Preußisch-Schlesiens, den Beneš im März 1940 in Gesprächen vor dem *Royal Institute of International Affairs* in Oxford aussprach¹⁹ und gegenüber Lockhart im Oktober 1940 wiederholte²⁰, enthält die Depesche vom November 1940 nicht.

Lockharts Bericht und Karte vom Mai 1941 zeigen, daß Beneš in Wirklichkeit von der Übergabe der drei Kantone an Deutschland ausging. An diesem Plan hielt er auch nach dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion fest: Ende November 1941 erfuhr Edward Raczynski, damals polnischer Außenminister, daß die tschechoslowakische Regierung außer dem Egerland auch die Gebiete um Reichenberg und Jägerndorf mit insgesamt 800 000 Deutschen an Deutschland abtreten, als Kompensation aber einen Teil des Glatzer Beckens verlangen wolle²¹. Im Januar 1942 bekam Beneš Gelegenheit, mit Eden über seine Forderung nach der Annullierung des Münchener Abkommens zu sprechen und dem britischen Außenminister seine Vorstellungen über die Lösung der sudetendeutschen Frage darzulegen. Durch den Austausch größerer dicht besiedelter Gebiete im Westen und Norden gegen ein kleines dünn besiedeltes Gebiet könne sich die Tschechoslowakei von 6–700 000 Deutschen befreien. Indem er ein Stück Land im Nordnordosten von Deutschland beanspruche, könne er seinen Lands-

¹⁸ Depesche Beneš an Ústřední výbor odboje domácího/Zentralausschuß des Heimatwiderstands (ÚVOD) vom 26. 11. 1940, in: Badatelské dokumentační středisko pro dějiny protifašistického odboje/Forschungs- und Dokumentationszentrum für die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Prag (BDS). Wenige Tage darauf hörte ein Beamter des Foreign Office, wie Beneš einer größeren Gruppe seine Pläne erläuterte. In Westböhmen könne eine strategische Linie gefunden werden, die nur wenig ungünstiger sei als die historische Grenze. Hinter dieser Linie lägen Eger, der Kaiserwald, aber auch Saaz, notierte R. Latham. Auch im Norden könne die Tschechoslowakei auf bestimmte Landstriche verzichten. Den Bewohnern dieser Gebiete stehe es frei, sich an Deutschland anzuschließen oder innerhalb des tschechoslowakischen Staates zu verbleiben. Rund 1 Mio. Sudetendeutscher werde sich als „schuldig“ empfinden und sich von selbst nach Deutschland absetzen. Rund 1 Mio. könne die Nachkriegsrepublik assimilieren. Die restlichen Deutschen werde er deportieren lassen. Vgl. Vermerk Lathams (General Department) vom 2. 12. 1940, in: PRO, FO 371/24 289, C13 015/2/12.

¹⁹ Vermerk Smutný vom 9. 3. 1940, in: DHČSP 1, Nr. 61.

²⁰ Lockhart an Halifax am 7. 10. 1940, in: PRO, FO 371/24 290, C10776/2/12. Auch dem polnischen Botschafter in London sagte Beneš, daß er zu „beträchtlichen Opfern“ in Westböhmen bereit sei, um den tschechischen Besitzstand in Mähren zu verbessern. Das Schwergewicht des Staates wolle er weiter nach Osten verlagern. Vgl. den Vermerk von Raczynski vom 23. 8. 1940, in: Sikorski Institut London (künftig: SI), PRM 19/10.

²¹ Vgl. den Vermerk von Raczynski vom 29. 11. 1941, in: SI, PRM 64/3/1.

leuten gegenüber die Abtretung als Gebietsaustausch deklarieren. Eine Karte, in der die betreffenden Gebiete eingezeichnet worden waren, gab Beneš aber nicht aus der Hand²². Anfang Juli 1942 stimmte das britische Kriegskabinett einem Antrag Edens zu, das Münchener Abkommen in einer öffentlichen Erklärung für ungültig zu erklären. In der Antragsbegründung spielten die erwähnten Gebietsabtretungen eine wichtige Rolle: Nach Benešs Ansicht sei die sudetendeutsche Minderheit zu groß, schrieb Eden, als daß der tschechoslowakische Staat sie erfolgreich absorbieren könne. Deshalb habe Beneš vor, auf das Eger-Dreieck und zwei weitere Bezirke mit rund 6–700 000 Deutschen und geringer strategischer Bedeutung zu verzichten. Im übrigen wolle er an den historischen Grenzen festhalten und die Abtretungen durch die Anexion einiger kleinerer Gebiete kompensieren²³. Die britische Entscheidung ermutigte ihn, im September 1942 nur noch vom Verzicht auf Gebiete mit rund 1/2 Million Deutscher zu sprechen²⁴. Dem polnischen Ministerpräsidenten erklärte Beneš, daß er „gegenwärtig nicht auf das Egerland mit den [wirtschaftlich] einträglichen [Städten] Karlsbad, Marienbad und Franzensbad usw.“ verzichten wolle²⁵.

Nach seiner Rückkehr von einem Staatsbesuch in Washington im Juni 1943 erzählte Beneš seinem alten Bekannten Lockhart stolz, daß nunmehr die drei Großmächte zugestimmt hätten, „daß die Vormünchener Grenzen zuerst völlig wiederhergestellt werden müßten, daß aber anschließend Grenzberichtigungen vorgenommen werden könnten“²⁶. Als das britische Kriegskabinett im Oktober 1943 einen Grundsatzbeschluss zur Zukunft Deutschlands faßte, ging es von der Rückkehr zu den Grenzen von 1937 aus, „eventuell mit kleineren vereinbarten Grenzkorrekturen im Eger-Dreieck“²⁷. In seinem Memorandum, das Beneš bei seinem Staatsbesuch im Dezember 1943 der sowjetischen Regierung übergab, kündigte er erneut an, daß die tschechoslowakische Regierung „eine endgültige Lösung für einen Gebietsaustausch mit Deutschland und Ungarn und für eine größere nationale Homogenität des Staates vorschlagen werde“, um Engländern und Amerikanern die Zustimmung zum Transfer der Mehrheit der Sudetendeutschen zu erleichtern²⁸. Ein Beamter des Foreign Office befürchtete allerdings, daß der

²² Eden an Nichols am 21. 1. 1942, in: PRO, FO 371/30 834, C845/326/12. Beneš hatte ein neues Memorandum ausgearbeitet, das er aber Eden nicht übergeben wollte, solange Großbritannien das Münchener Abkommen nicht widerrufen habe. 3–400 000 Deutsche dürften freiwillig das Land verlassen, 1 200 000–1 400 000 Deutsche werde man aussiedeln, 6–700 000 Deutsche werde die Tschechoslowakei durch den Tausch von dicht gegen dünn besiedeltes Land loswerden. Als Ergebnis blieben 600 000–1 000 000 Deutsche in der Tschechoslowakei. Vgl. Tagebuch Táborský vom 22. 1. 1942, in: Hoover Institute on War and Peace (künftig: HI), Edvard Táborský Papers 7.

²³ Memorandum Eden für War Cabinet vom 2. 7. 1942, in: PRO, FO 371/30834, C6671/326/12; War Cabinet Conclusions vom 6. 7. 1942, in: Ebenda, CAB 65/27.

²⁴ Nichols an Roberts am 21. 9. und 3. 12. 1942, in: Ebenda, FO 371/30835, C9161, C12172/326/12.

²⁵ Vermerk Raczyński vom 15. 11. 1942, in: SI, PRM 64/3/19.

²⁶ Vermerk (Lockhart) vom 22. 6. 1943, in: PRO, FO 371/34 552, C8031/6009/12.

²⁷ Memorandum Eden für War Cabinet vom 27. 9. 1943, in: PRO, CAB 66/41; War Cabinet Conclusions vom 5. 10. 1943, in: Ebenda, CAB 65/40.

²⁸ Protokoll Smutný über Besprechung Benešs mit Molotov vom 14. und 16. 12. 1943, in: Mastný, Rozhovory, S. 484 ff.

„lobenswerte Wille“ zu einem Gebietsaustausch „sich verflüchtigen könne“, nachdem die Tschechoslowakei auch die in Frage kommenden Gebiete *de iure* und *de facto* in Besitz genommen habe²⁹. Dem Ministerrat berichtete Beneš am 10. Januar 1944, daß Stalin keine Einwände gegen die Abtretung bestimmter Bezirke an Deutschland sowie die Annexion anderer deutscher Gebiete durch die Tschechoslowakei habe³⁰.

Beneš hielt wohl vor allem deshalb an der Abtretung kleinerer Gebiete an Deutschland fest, weil der britische Gesandte Philip Nichols ihm im März 1944 zur Vorsicht geraten hatte, da sich in der britischen Öffentlichkeit Stimmen gegen den Transfer mehrten³¹. Im Mai 1944 brachte der Europa-Dienst der BBC ein Interview mit Beneš, in dem dieser erklärte: „Im Prinzip werde ich auf den Vormüchener Grenzen bestehen, aber in der Praxis ...“ Nach dem Bericht des Interviewers schaute Beneš dabei auf die Landkarte, hielt inne und fuhr fort, daß er auf der Friedenskonferenz einen Gebietsaustausch zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland befürworten werde³².

Obwohl das Memorandum zum Transfer der Deutschen und Madjaren aus der Tschechoslowakei, das Ripka im November 1944 dem britischen Gesandten übergab, keinen Hinweis mehr auf die mögliche Abtretung des Eger-Dreiecks enthielt³³, bekräftigte Beneš wenige Tage später in einer Besprechung mit Eden nochmals seine Absicht, durch einen Gebietsaustausch rund 350–400 000 Deutsche „mit Land“ zu transferieren. Den Umfang der abzutretenden Gebiete hatte Beneš also weiter reduziert, und zwar vermutlich unter dem Eindruck der Konferenz von Teheran, auf der die Westverschiebung Polens auf deutsche Kosten und die Übergabe aller deutschen Gebiete bis zur Oder und ganz Oberschlesiens vereinbart worden waren. Auf einer kleinen Karte zeigte er dem britischen Außenminister, an welche Gebiete er dachte, nämlich wiederum Gebiete im „Westen (das Egerdreieck) und im Norden und Nordosten“. Ripka ergänzte, daß die Grenzberichtigungen im Nordosten zu einem gewissen Grad von der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze abhingen. Eden bat Beneš, die vorgesehenen Grenzkorrekturen auf einer Karte mit einem größeren Maßstab einzuzeichnen und dem britischen Gesandten zu überreichen³⁴. Anfang Januar 1945 hatte das Foreign Office immer noch keine Landkarte erhalten, wie sie Eden von Beneš erbeten hatte. Gesandter Nichols scheute sich, Beneš zu mahnen, solange er diesem nicht als Gegenleistung den Entwurf der Formel übergeben könne, in der die britische Regierung das Recht der tschechoslowakischen Regierung

²⁹ Memorandum Beneš „Some of the Main Principles Affecting the Future Status of the Czechoslovak Republic“ (m. Anshr. Nichols vom 28. 1. 1944), in: PRO, FO 371/38 945, C1350/1347/12.

³⁰ Ladislav Feierabend, Beneš mezi Washingtonem a Moskvou. Vzpomínky z londýnské vlády od jara 1943 do jara 1944, Washington 1966, S. 98.

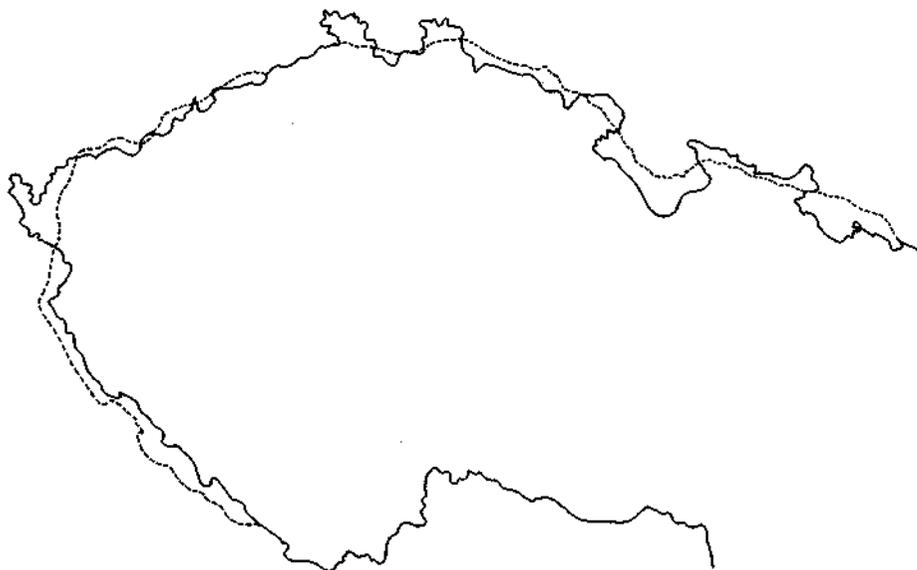
³¹ Ladislav Feierabend, Soumrak československé demokracie. Vzpomínky z londýnské vlády. Od jara 1944 po návrat do vlasti, Washington 1987, S. 45.

³² Monitoring Report vom 28. 5., Verm. Roberts über Bespr. mit Jaksch vom 9. 6. 1944, in: PRO, FO 371/38 945, C7825/1347/12.

³³ Memorandum vom 23. 11. 1944, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1945/II, Washington 1967, S. 1228 ff.

³⁴ Eden an Nichols am 27. 12. 1944, in: PRO, FO 371/38 946, C16611/1347/12.

zur Verwaltung des Vormünchener Territoriums anerkenne³⁵. Am 8. Februar 1945 war es schließlich so weit: Die britische Regierung gestand der tschechoslowakischen Regierung das Recht zu, bis zur endgültigen Friedensregelung die „administrative Kontrolle“ in allen Gebieten zu übernehmen, die zur Zeit Münchens von Deutschland, Polen und Ungarn annektiert worden seien³⁶. Nichols versicherte Beneš, daß ihm diese Formel jede Maßnahme erlaube, die er bei einer endgültigen Anerkennung der Grenzen durchführen könne³⁷, wobei es Beneš um das Recht ging, den deutschen Bewohnern die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entziehen zu können³⁸. Erst jetzt übergab der tschechoslowakische Präsident dem Gesandten die versprochene Landkarte mit einem Vorschlag für eine neue tschechoslowakisch-deutsche Grenzlinie. Diese griff gegenüber Sachsen und Bayern nur einige Kilometer, in Schlesien aber weit über die historischen Grenzen hinaus. Hier teilte sie das Glatzer Becken bei Habelschwerdt und führte südlich an Leobschütz und Ratibor vorbei. Als Gegenleistung sollten ein gegenüber früheren Vorschlägen sehr reduziertes Eger-Dreieck und die kleinen Landzipfel von Rumburg-Schluckenau, Friedland, Braunau und von Jauernig bis Hotzenplotz an Deutschland abgetreten werden. Durch den Gebietsaustausch gewinne die Tschechoslowakei Gebiete mit einer Einwohnerzahl von 181 000 Personen und verliere Landstriche mit 358 000 Menschen³⁹.



³⁵ Vermerk Allen vom 2. 1. 1945, in: Ebenda 371/47085, N484/207/12.

³⁶ War Cabinet Conclusions 7 (45) vom 22. 1. 1945 sowie Nichols an Eden am 13. 2. 1945, in: Ebenda, N778/207/12. Auf Beneš' Wunsch ersetzte die britische Regierung die Worte „administrative control“ durch „political authority“. W. P. (War Cabinet Paper) (45) 180, in: Ebenda, N3159.

³⁷ Diese Aussage Nichols wurde vom F. O. bestätigt. Warner an Nichols am 16. 2. 1945, in: Ebenda, N1407/207/12.

³⁸ Vermerk Warner vom 20. 2. 1945, in: Ebenda, C1407/207/12.

³⁹ Nichols an Eden am 13. 2. 1945, in: Ebenda, N1402/207/12.

Nun bewährte sich, daß Beneš den Briten vor dem Februar 1945 niemals eine Karte übergeben hatte und daß das Foreign Office auch nicht mehr auf Lockharts Zeichnung zurückgreifen konnte. Auch während der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919 hatte Beneš für die Beibehaltung der historischen Grenzen gekämpft, doch unter dem Druck des damaligen Ministerpräsidenten Karel Kramář einen Gebietsaustausch mit Deutschland vorgeschlagen. Der damalige und Benešs Vorschlag vom Februar 1945 stimmen in vielen Punkten überein, wie ein Vergleich der beiden Grenzlösungen zeigt. Beneš war allerdings bereit, an zwei Stellen weiter als 1919 zu gehen, nämlich erstens die Grenze nicht östlich von Asch, sondern von Eger zu ziehen und zweitens auf den Zipfel von Schluckenau-Rumburg zu verzichten⁴⁰. Die „Großen Vier“ hatten aber 1919 den vorgeschlagenen Gebietsaustausch angesichts der revolutionären Bewegungen in Bayern und Ungarn für zu kompliziert und langwierig gehalten, so daß sie sich nicht überraschend auf die historischen Grenzen einigten, eine Entscheidung, die Beneš im Jahre 1945 sicherlich noch gut in Erinnerung hatte⁴¹ (vgl. die Karte auf S. 233).

Vertreibung und Aussiedlung

Zur Abtretung von Gebieten sei er nur bereit, hatte Beneš vor dem Münchener Abkommen erklärt, wenn Deutschland zusätzlich rund eine Million Sudetendeutscher aufnehmen⁴². Die deutschen Sprachinseln im Landesinnern, das Elbtal, die Gebiete um Teplitz und Dux sowie Nordostmähren mußten tschechisiert werden, erklärte er im März 1940 in Oxford⁴³. An die Widerstandsbewegung depeschierte er im November 1940: Die Einschnürung des tschechischen Lebensraums von Schlesien und Österreich aus müsse beendet werden durch die Aussiedlung der Deutschen aus den Sprachinseln bei Brünn und Iglau, aus Teilen Nordmährens und Schlesiens sowie aus Südmähren. Schon die Aussiedlung rund einer Million wäre „ein ungeheurer Erfolg“⁴⁴. In dem Gespräch mit Lockhart im Mai 1941 sprach Beneš, wie erwähnt, allerdings von der Ab-

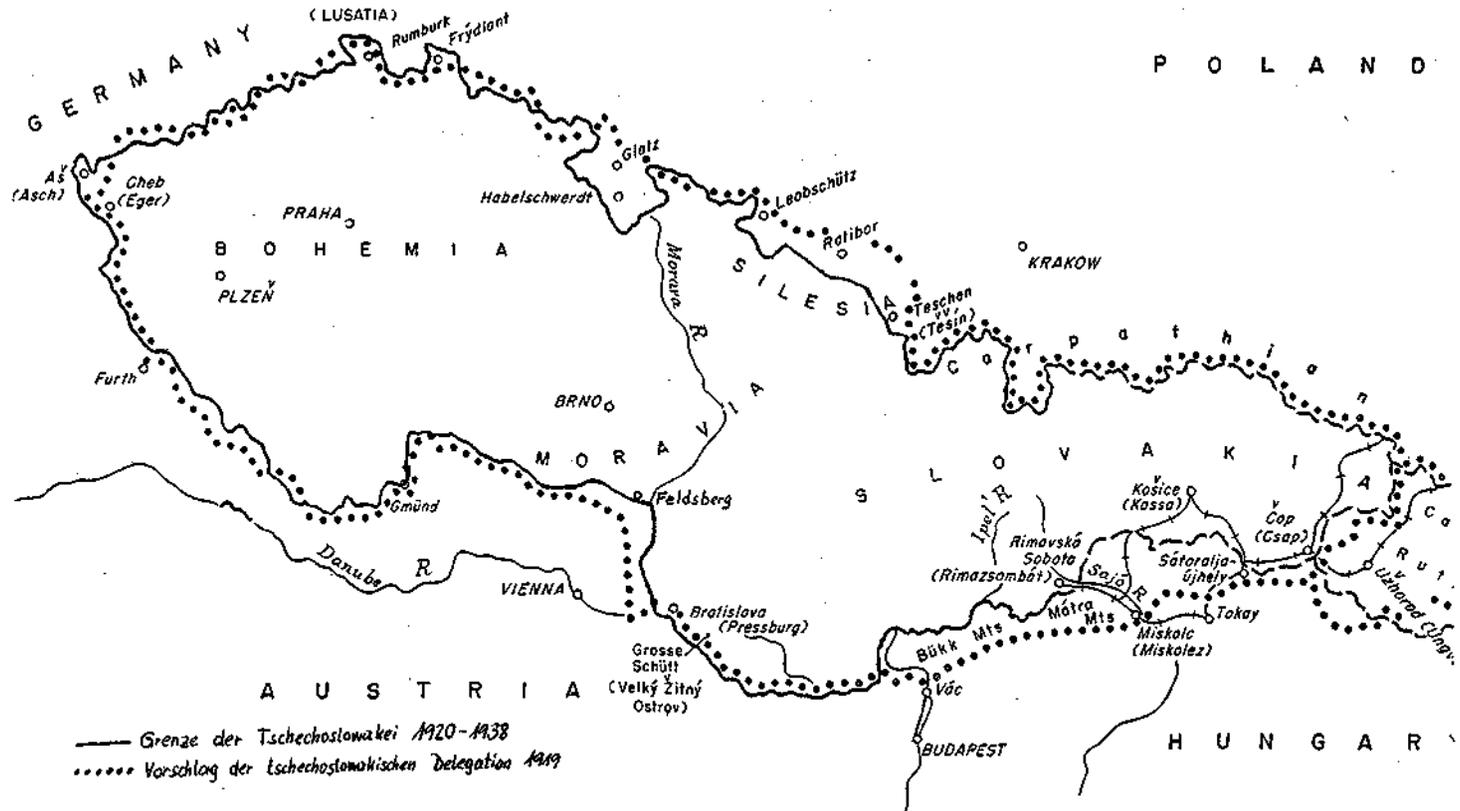
⁴⁰ Dagmar Perman, *The shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic history of the boundaries of Czechoslovakia, 1914–1920*, Leiden 1962, S. 126–155.

⁴¹ Ebenda, S. 156–182.

⁴² Vgl. DDF, 2ème Série, t. XI, S. 273 ff., 288 f.

⁴³ Vermerk Smutný vom 9. 3. 1940, in: DHČSP 1, S. 61. Die Münchener Grenze „ist als Grenze eines künftigen Staates unannehmbar“, formulierte Beneš in seinem Memorandum vom 9. 3. 1940 für Sumner Welles, Staatssekretär im State Department, der damals Europa bereiste, um die Aussichten für einen Kompromißfrieden zu erkunden. Deshalb müsse man im wesentlichen zu den „alten historischen Grenzen“ auf den Gebirgszügen zwischen Böhmen und Mähren einerseits und Deutschland und Österreich andererseits zurückkehren. Dennoch halte er Grenzkorrekturen „auf der Grundlage gegenseitiger territorialer und wirtschaftlicher Kompensationen“ für möglich. In vielen Fällen werde man den Transfer der Bevölkerung und die Schaffung national möglichst homogener Bezirke erwägen müssen. Memorandum Beneš (vom 9. 3. 1940) mit Anschreiben Lockhart vom 20. 3. 1940, in: PRO, FO 371/24370, C4305/2949/62.

⁴⁴ Vgl. Anm. 18.



Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage 1938-1945

tretung von Gebieten mit 900 000, der Flucht von 300 000 und der Aussiedlung von 1,4 Millionen Deutschen⁴⁵. Dem polnischen Außenminister erklärte er im November 1941, daß 400 000 Deutsche fliehen und 800 000 vertrieben werden sollten⁴⁶. Sein Minimalprogramm enthielt damals den Punkt „Loswerden wenigstens 1 Million Deutscher um jeden Preis“, mit oder ohne die Abtretung von Gebieten⁴⁷. Von Wenzel Jaksch, dem emigrierten Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie, forderte Beneš Zustimmung zu seinem Plan, 6–700 000 „Nazis“, nämlich „die gesamte Bourgeoisie, die pangermanische Intelligenz und die dem Faschismus verfallene Arbeiterschaft“ auszusiedeln⁴⁸. Mit jedem Deutschen, den er mit den Gebietsstreifen im Westen, Norden und Nordosten an Deutschland abtrete, wolle er das Recht bekommen, zwei Deutsche ohne Land zu vertreiben und dadurch die deutsche Minderheit um insgesamt rund zwei Millionen Personen zu reduzieren, erklärte Beneš dem britischen Außenminister⁴⁹, der seinen Kollegen berichtete, daß Beneš plane, 3–400 000 Deutsche als Kriegsverbrecher zu vertreiben und eine zusätzliche Million Deutscher auszusiedeln, um die sudetendeutsche Minderheit auf eine Million zu reduzieren⁵⁰. Er selbst trete für die Aussiedlung von 1 Mio. Deutscher ein, erklärte Beneš dem britischen Gesandten im September 1942⁵¹. Stalin legte Beneš im Dezember 1943 folgenden Plan vor: In den ersten Monaten nach der Befreiung werde die Tschechoslowakei bestimmte Gruppen von Deutschen vertreiben wie SS- und Polizei-Angehörige, SdP- und Turnvereins-Funktionäre ebenso wie Lehrer, Rechtsanwälte, Techniker und solche Personen, die sich an der wirtschaftlichen und finanziellen Ausplünderung der Tschechoslowakei beteiligt hätten. Die Hauptmasse der Sudetendeutschen werde man innerhalb von zwei Jahren, die übrigen innerhalb der nächsten drei Jahre aussiedeln. Die tschechoslowakische Regierung werde dafür sorgen, daß in keiner Gemeinde weniger als 67 % Tschechen, Slowaken oder Karpatenruthenen lebten⁵². Von diesen

⁴⁵ Vgl. Lockhart an Eden am 22.5. 1941, in: Archives of the Columbia-University, Nachlaß Smutný. Ripka bestätigte in einer Notiz vom 25. 5.: Nach Beneš sollten die Deutschen aus dem tschechischen „Lebensraum“ abgeschoben werden, doch werde zwischen diesem „Raum und den historischen Grenzen ein Gebiet entstehen, das autonom sein wird, und das aus wirtschaftlichen Gründen stets daran interessiert sein wird, zur Tschechoslowakei zu gehören“. Detlef Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil I: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942)*, München/Wien 1969, S. 183.

⁴⁶ Vermerk Raczyński vom 29. 11. 1941, in: SI, PRM 64/3/1.

⁴⁷ „Svoboda“ (Beneš) an ÚVOD vom 10.–12. 9. 1941, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), MA 854 (T 77, R 1050), p. 128–133.

⁴⁸ *Menschen im Exil. Eine Dokumentation der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration von 1938 bis 1945*, Stuttgart 1974, S. 319f.; Edvard Beneš, *Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství*, Prag 1947, S. 322ff.

⁴⁹ Eden gegenüber sagte Beneš, daß in diesen Gebieten 6–700 000 Deutsche lebten. Eden an Nichols am 21. 1. 1942, in: PRO, FO 371/30834, C845/326/12.

⁵⁰ Memorandum Eden für War Cabinet vom 2. 7. 1942, in: PRO, FO 371/30834, C6671/326/12; War Cabinet Conclusions vom 6. 7. 1942, in: Ebenda, CAB 65/27.

⁵¹ Nichols an Roberts am 21. 9. 1942, in: Ebenda, FO 371/30835, C9161/326/12.

⁵² Memorandum Beneš „Transfer of Population in Czechoslovakia“ (mit Anshr. Nichols vom 28. 1. 1944), in: Ebenda 371/38945, C1350/1347/12.

Zahlen ging die tschechoslowakische Regierung auch in ihrem Memorandum vom November 1944 aus⁵³.

Assimilation der Restminderheit

Rund 1–1,2 Millionen Deutsche könne die Tschechoslowakei verkraften. Die Hälfte von ihnen wären Demokraten, Sozialisten und Juden, die er nicht „dem gleichen Massaker überantworten könne, wie es in Österreich und anderwärts stattgefunden hat“, hieß es in Benešs Weisung für Nečas vom September 1938⁵⁴. In Jaksch sah Beneš den Hauptvertreter der Restminderheit. Im April 1939 akzeptierte Jaksch den Grundsatz des „organisierten Bevölkerungsaustauschs“⁵⁵, grenzte ihn allerdings im November 1939 auf „die wenigen Punkte ein, wo eine administrative Abgrenzung der Sprachgebiete vor allem aus verkehrstechnischen Gebieten nicht möglich ist“⁵⁶. Im Oktober 1940 stimmte Jaksch der „Preisgabe der Sprachinseldutschen und kleineren Verschiebungen an der Sprachgrenze“ und der Vertreibung Hunderttausender sudetendeutscher Nazis zu⁵⁷. Noch im September 1941 gab er sich überzeugt, „daß bei Beneš zweifellos der beste Wille vorhanden ist, und daß er uns gegenüber mit offenen Karten spielt“⁵⁸. Als Beneš jedoch versuchte, Jakschs „Einverständnis oder zumindest Stillschweigen“ zur Reduktion der deutschen Minderheit um je eine Million durch Abtretung von Grenzstreifen sowie durch Aussiedlung zu gewinnen⁵⁹, lehnte der Sozialdemokrat ab⁶⁰. Die Restminderheit sollte nach Benešs Äußerungen im Januar 1942 rund 1 Mio.⁶¹, vom September 1942 rund 1,5 Mio.⁶², entsprechend dem Memorandum von November 1944 800 000⁶³ und nach Benešs Aussage im Februar 1945 knapp 900 000 Personen zählen⁶⁴. Er selbst bestehe darauf, daß den demokratischen und unschuldigen Deutschen nichts geschehen dürfe, könne aber „aus Rücksicht auf die Gefühle unserer Leute zu Hause“ keine Vereinbarungen mit ihren Vertretern im Exil abschließen⁶⁵. Nach dem Bruch mit Jaksch setzte Beneš auf einen von

⁵³ Nichols an Eden am 13. 2. 1945, in: Ebenda 371/47 085, N1402/207/12.

⁵⁴ Vgl. DDF, 2ème Série, t. XI, S. 288 f.

⁵⁵ Wenzel Jaksch, Was kommt nach Hitler?, in: Ústav dějin socialismu (künftig: ÚDS), Nachlaß Klecanda 12, S. 20ff.

⁵⁶ Richtlinien-Entwurf Jaksch vom 27. 11. 1939, in: Ebenda, BA IV/31, 114 ff.

⁵⁷ Vermerk Smutný vom 17. 10. 1940, in: DHČSP 1, Nr. 105.

⁵⁸ Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes vom 27. 9. 1941, in: SDA, Nachlaß Jaksch, ZZ 89–102.

⁵⁹ Detlef Brandes, Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran, München/Wien 1988, S. 234 ff.

⁶⁰ Rundschreiben Jaksch/Reitzner vom 23. 1. 1942, in: ÚDS, Teil-Nachlaß Smutný 213, S. 75 ff.

⁶¹ Eden an Nichols am 21. 1. 1942, in: PRO, FO 371/30 834, C845/326/12.

⁶² Nichols an Roberts am 21. 9. 1942, in: Ebenda 371/30 835, C9161/326/12.

⁶³ Memorandum der tschechoslowakischen Regierung mit Anshr. Ripka vom 23. und Vermerk Nichols vom 28. 11. 1944, in: Ebenda 371/38 946, C16 563/1347/12.

⁶⁴ Nichols an Eden am 13. 2. 1945, in: Ebenda 371/47 085, N1402/207/12.

⁶⁵ Nichols an Roberts am 21. 9. 1942, in: Ebenda 371/30 835, C9161/326/12.

Kommunisten und sozialdemokratischen Renegaten beherrschten *Antifaschistischen Ausschuß der Demokratischen Deutschen aus der Tschechoslowakei*, der sich bewußt nicht mehr als Vertreter der Sudetendeutschen, sondern nur als Repräsentant derjenigen Deutschen betrachtete, die sowohl vor als auch nach 1939 auf der Seite der Tschechen gestanden hätten⁶⁶. Beneš behielt sich in seinem Memorandum, das er in Moskau der sowjetischen Regierung und nach seiner Rückkehr im Januar 1944 auch dem Foreign Office übergeben hatte, das Recht vor, alle Personen, die 1938 und 1939 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten, auszusiedeln und nach eigenem Ermessen bestimmten Kategorien von Sudetendeutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurückzugeben⁶⁷. Zu der Restminderheit zählte das tschechoslowakische Memorandum vom November 1944 „Antifaschisten“, „nützliche Facharbeiter“ und „national indifferente“ Personen. Die Zahl der Deutschen, die bleiben dürften, hänge auch von ihrem Verhalten in der letzten Kriegsphase ab. Obwohl nur das frei gewählte Parlament über eventuelle Minderheitenrechte entscheiden könne, könne man davon ausgehen, daß ältere Menschen vor Gericht und Behörden ihre Muttersprache gebrauchen und ihre Kinder „zumindest in der ersten Generation“ muttersprachlichen Elementarschulunterricht erhalten dürften⁶⁸.

Behandlung der madjarischen Minderheit

In bezug auf die Madjaren entwickelte Beneš seinem Vertrauten Lockhart im Mai 1941 einen Plan, der eine Kombination von Gebietsabtretung, Bevölkerungsaustausch und Aussiedlung vorsah. Die durch den ersten Wiener Schiedsspruch vom November 1938 festgelegte Grenze zwischen der Slowakei und Ungarn müsse korrigiert werden, wenn möglich durch direkte Verhandlungen mit den Ungarn, schrieb Beneš in einem Memorandum für Sumner Welles⁶⁹. Vor allem müßten Kaschau und die Karpatenukraine an die Tschechoslowakei zurückfallen, präziserte er seine Vorstellungen im Oktober 1940⁷⁰. Beneš wolle jedoch nicht alle Gebiete mit madjarischer Bevölkerungsmehrheit zurückfordern. Er denke nicht daran, wegen der Slowaken das künftige Verhältnis zu Ungarn⁷¹ und die Chancen eines ungarischen Beitritts zu der damals anvisierten polnisch-tschechoslowakischen Konföderation zu vereiteln⁷². Gegen Benešs Absicht, von Ungarn nicht die völlige Restitution der früher slowaki-

⁶⁶ Ernst Paul bzw. Josef Ladig in der schwedischen Zeitung Morgon-Tidningen, Press Reading Bureau an Political Intelligence Department am 21. und 22. 8. 1944, in: PRO, FO 371/38 923, C11 304, 11381/63/12.

⁶⁷ Vgl. Memorandum Beneš, in: PRO, FO 371/38 945, C1350/1347/12.

⁶⁸ Vgl. Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: Ebenda 371/38 946, C16 563/1347/12.

⁶⁹ Memorandum Beneš (vom 9. 3. 1940) mit Anschreiben Lockhart vom 20. 3. 1940, in: Ebenda 371/24 370, C4305/2949/62.

⁷⁰ Lockhart an Halifax am 7. 10. 1940, in: Ebenda 371/24 290, C10776/2/12.

⁷¹ Vermerk Smutný vom 5. 4. 1940, in: DHČSP 1, Nr. 80.

⁷² Lockhart an Halifax am 7. 10. 1940, in: PRO, FO 371/24 290, C10776/2/12.

schen Gebiete zu fordern⁷³, hatte die traditionell Ungarn-freundliche polnische Regierung nichts einzuwenden. Seiner Meinung nach werde Ungarn eine ethnisch gerechtere Grenze erhalten, als sie im Vertrag von Trianon festgelegt worden sei, meinte Beneš im September 1941. Im Gegensatz zu seinem Plan von Mai 1941 hielt er aber nun an der Donau als Grenzlinie bis Komorn fest⁷⁴. Er versuche die Slowaken von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf einen Teil der madjarisch besiedelten Gebiete zu verzichten, sagte er Raczyński, dem polnischen Botschafter in London⁷⁵. Obwohl Beneš im November 1941 öffentlich von Ungarn die mit deutscher Hilfe gewonnenen Gebiete zurückverlangte⁷⁶, zeigte er sich dem polnischen Botschafter gegenüber immer noch zu kleineren Konzessionen an Ungarn bereit⁷⁷. Das Memorandum zum Transfer der Deutschen und Madjaren aus der Tschechoslowakei, das Ripka im November 1944 dem britischen Gesandten übergab, enthielt schließlich keinen Hinweis mehr auf eine mögliche Abtretung der Großen Schütt⁷⁸.

Abstimmung der Exilpläne mit der Widerstandsbewegung und den Alliierten

Schon kurz nach der Errichtung des *Protektorats Böhmen und Mähren* sprachen sich die meisten tschechischen Widerstandsgruppen für die Vertreibung aller Deutschen aus der Tschechoslowakei aus⁷⁹. Beneš bezeichnete diese Forderungen kurz nach Kriegsausbruch noch als nationalistische „Dummheiten“⁸⁰. Nach Zusammenstoßen zwischen tschechischen Demonstranten und der deutschen Polizei am 28. Oktober 1939 meldete die Widerstandsführung: „Unser Volk ... wird sich ungeheuerlich rächen und wer sich gegen die Abrechnung stellen und über Humanität, Demokratie oder außenpolitische Rücksichten sprechen würde, würde vom ergrimmtten Volk beiseite gefegt werden“. Ein Jahr darauf berichtete ein führendes Mitglied des Widerstandes: „Das Volk sieht seinen Lebensraum in den historischen Grenzen und hält die Deutschen für Einwanderer, die ausgesiedelt werden müssen.“ Beneš antwortete: Nach der Abrechnung „muß eine vernünftige Lösung kommen. Es wird jedoch an Euch liegen, daß möglichst viele Deutsche möglichst weit vertrieben werden.“ Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion forderte die Widerstandsführung wiederum die Erneuerung der Republik in den historischen Grenzen ohne Deutsche. Beneš akzeptierte dieses Verlangen zwar als „Maximalprogramm“⁸¹, hielt jedoch noch im September 1942

⁷³ Vermerk Stroński über Besprechung Sikorskis mit Beneš am 5. 6. 1941, in: Ebenda 371/26376, C6578/6/12.

⁷⁴ Vgl. „Svoboda“ (Beneš) an ÚVOD vom 10.–12. 9. 1941, in: IfZ, MA 854, p. 128–133.

⁷⁵ Vgl. Vermerk Raczyński vom 4. 9. 1941, in: SI, PRM 38 e/14.

⁷⁶ Vgl. Vermerk Roberts vom 3. 12. 1941, in: PRO, FO 371/26394, C13 290/1320/12.

⁷⁷ Vermerk Raczyński vom 7. 1. 1942, in: SI, PRM 64/3/1.

⁷⁸ Vgl. Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: PRO; FO 371/38946, C16563/1347/12.

⁷⁹ Brandes, *Die Tschechen*, S. 61–64.

⁸⁰ Gedächtnisprotokoll Kessler, Kögler, Wiener vom 2. 9. 1939, in: SDA, Nachlaß Jaksch, ZZ 368–370.

⁸¹ Brandes, *Die Tschechen*, S. 179.

jeden für „verrückt oder naiv“, der glaube, daß die Großmächte eine integrale Wiederherstellung der Republik bei gleichzeitigem Hinauswurf aller Sudetendeutschen hinnehmen würden⁸².

Nachdem die britische Regierung das Münchener Abkommen im Juli 1942 für ungültig erklärt hatte, glich Beneš seine Pläne schrittweise den radikalen Forderungen der Widerstandsbewegung an. Der Umfang der abzutretenden Gebiete wurde kleiner, die Zahl der Deutschen, die ausgesiedelt werden sollten, größer. Beim Gegensatz zwischen Beneš Vorstellungen und denjenigen der Widerstandsbewegung handelte es sich nur um einen Unterschied in den Methoden, nicht jedoch in der Zielsetzung. Beider Ziel war ein gemeinsamer Staat für drei slawische Völker, die Tschechen, Slowaken und Karpatenukrainer ohne nichtslawische Minderheiten.

Beneš Konzept war die Antwort auf den „Heim ins Reich“-Aufruf der Sudetendeutschen Partei und auf Hitlers Forderung nach der Abtretung der deutsch besiedelten Gebiete der böhmischen Länder in Berchtesgaden am 15. September 1938. Der tschechische Vertreibungsplan ist also eine direkte Reaktion auf „München“, auf die nationalsozialistische Lösung der „sudetendeutschen Frage“. Beneš wollte die deutsche Minderheit durch Abtretung von Gebieten und Aussiedlung auf weniger als ein Drittel ihrer Vorkriegsstärke reduzieren. Das im Smutný-Nachlaß gefundene Dokument zeigt, daß Beneš wohl niemals wirklich vorhatte, den Deutschen Autonomie in drei Kantonen zu gewähren. Diese Variante diente zur Täuschung der sudetendeutschen Sozialdemokraten, zur Beruhigung der tschechischen Widerstandsbewegung und als Auffangposition für den Fall eines Umsturzes in Deutschland mit anschließendem Kompromißfrieden und hat bisher auch die Historiker, mich eingeschlossen⁸³, getäuscht. Lockharts Gesprächsnotiz zeigt, daß Beneš an seinem Ziel, der endgültigen Regelung der „deutschen Frage“ in der Tschechoslowakei, unbeirrt festhielt. Es ging ihm nicht nur um die Reduzierung der Zahl der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, sondern um ihre Beseitigung als Minderheit. Nur „Demokraten, Sozialisten und Juden“ und national indifferente Deutsche dürften zurückbleiben. Deren kleine Zahl sollte ihre Assimilation erleichtern.

Dieses Ziel fand Verständnis und Unterstützung bei den alliierten Großmächten. Im Juli 1942 erklärte die britische Regierung öffentlich das Münchener Abkommen für ungültig und geheim ihr Einverständnis mit dem „Grundsatz des Transfers deutscher Bevölkerungen aus Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint“⁸⁴. Damit reagierte sie sowohl auf den deutschen Terror nach dem Attentat auf Heydrich als auch besonders auf Stalins Konzept einer Westausdehnung der Sowjetunion auf Kosten der baltischen Staaten, Ostpolens und Bessarabiens. Die Tschechoslowakei und Polen sollten gegenüber Rußland und Deutschland gestärkt werden, und zwar durch die Rückgabe der Sudetengebiete, die Annexion Ostpreußens und Oberschlesiens einschließlich der Aussiedlung ihrer deutschen Be-

⁸² Vermerk Smutný vom 21. 9. 1942, in: DHČSP 1, Nr. 246.

⁸³ Brandes, Großbritannien, S. 228–241.

⁸⁴ War Cabinet Conclusion vom 6. 7. 1942, in: PRO, CAB 65/27.

völkerung und möglichst auch durch die Vereinigung der Staaten Ostmittel- und Südosteuropas zu zwei Konföderationen. Die persönliche Zustimmung Roosevelts zur Aussiedlung holte sich Beneš bei seinem Staatsbesuch im Mai, die Zusage einer Unterstützung der Vertreibung durch die Rote Armee bei seinem Aufenthalt in Moskau im Dezember 1943⁸⁵.

Die britische und die amerikanische Regierung – über die internen Diskussionen innerhalb der sowjetischen Führung fehlen die Dokumente – teilten Benešs Meinung, daß das Vorkriegssystem der Plebiszite und Minderheitenschutzverträge versagt habe. Deshalb seien Grenzkorrekturen mit einem organisierten Bevölkerungstransfer zu verbinden⁸⁶. Blieben die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, argumentierte das tschechoslowakische Memorandum vom November 1944, dann könne die Republik weder außenpolitische Sicherheit noch innenpolitische Stabilität finden⁸⁷. Es liege auch im britischen Interesse, die „deutschen Außenposten“ zu liquidieren, hieß es im Foreign Office. Eine Wiederherstellung der Vormünchener Grenze ohne Bevölkerungstransfer halte er persönlich für ausgeschlossen, hörte Beneš vom britischen Gesandten. Die Sudetenfrage habe zu den Kriegsursachen gehört und müsse deshalb gelöst werden⁸⁸. Nach den Akten der Barbarei, die die Deutschen am tschechoslowakischen Volk begangen hätten, sei ihr friedliches Zusammenleben in einem Staat undenkbar, behauptete sowohl die tschechoslowakische Regierung⁸⁹ als auch das Beratergremium des Foreign Office: „Wo Heydrich und seinesgleichen geherrscht habe, dürfte kein deutsches Leben sicher sein.“⁹⁰ Der britische *Interministerielle Ausschuß für den Transfer deutscher Bevölkerungen* kam zu dem Schluß, daß die vollständige Aussiedlung der Deutschen einer Teilvertreibung vorzuziehen sei. Der Ausschuß warnte, daß die Garantie von Minderheitenrechten die Durchführung des Transfers erschweren würde. Dagegen werde er erleichtert, wenn den Zurückbleibenden Entgermanisierung und Assimilation drohten. Könnten deutsche Restminderheiten ihre nationale Identität bewahren, werde ein erneuertes Deutschland versucht sein, diese für eine neue Expansion auszunützen. Welche Entscheidung auch getroffen werde, halbe Maßnahmen seien abzulehnen. Der Ausschuß machte sich Benešs Vorschlag zu eigen, das Vermögen der Vertriebenen gegen die Reparationsforderungen der Tschechoslowakei zu verrechnen, aus denen die deutsche Regierung die Vertriebenen zu entschädigen habe⁹¹. Sowohl der Vorsitzende des Ausschusses als auch die

⁸⁵ Brandes, Großbritannien, S. 398 f., 505 f.

⁸⁶ Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom Nov. 1944, in: PRO, FO 371/39092, C6110/220/18; Ilse Dorothee Pautsch, Die territoriale Deutschlandplanung des amerikanischen Außenministeriums 1941–1943, Frankfurt a.M./Bern/New York u.a. 1990, S. 240.

⁸⁷ In: PRO, FO 371/38946, C16563/1347/12.

⁸⁸ Nichols an Roberts am 21. 9. 1942 mit Vermerken, in: Ebenda, 371/30835, C9161/326/12.

⁸⁹ Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: Ebenda 371/38946, C16563/1347/12.

⁹⁰ Memorandum Foreign Research and Press Service vom 1. 9. 1942, in: Ebenda 371/35261, U1292/58/72.

⁹¹ Vgl. Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom Nov. 1944, in: Ebenda 371/39092, C6110/220/18.

Exilregierung sprachen die Erwartung aus, daß auf lange Sicht ein aus homogenen Nationalstaaten zusammengesetztes Europa harmonischer als vor dem Kriege zusammenarbeiten werde⁹².

In zwei Fragen dachten die britischen Planungsgremien und das Foreign Office jedoch anders als die tschechoslowakische Regierung. Sie lehnten erstens deren Absicht ab, zwischen „schuldigen“ Deutschen, die sofort vertrieben werden sollten, und der Masse der Deutschen, die auf organisierte Weise ausgesiedelt werden sollten, zu unterscheiden. Zweitens müsse der Zeitplan aus humanen und wirtschaftlichen Gründen mit den Großmächten abgestimmt werden; seine Festlegung könne nicht der tschechoslowakischen Regierung überlassen werden. „Schnelle und ungeordnete Austreibungen würden ein unkalkulierbares Maß menschlichen Leids verursachen, wie Hitlers Austreibungen gezeigt haben“, stellte der Ausschuß fest. Wegen der fehlenden Transportkapazitäten könne ein organisierter Transfer selbst in geringem Umfang erst ein Jahr nach Kriegsende beginnen und müsse über mindestens fünf Jahre gestreckt werden. Dem Ausschuß war allerdings bewußt, daß Großbritannien nur geringe Einwirkungsmöglichkeiten auf die Art der Durchführung der Vertreibung haben werde, da in allen betroffenen Gebieten der sowjetische Einfluß überwiegen werde⁹³.

Die tschechoslowakische Regierung hielt jedoch an ihrem Plan fest, die Vertreibung innerhalb von zwei Jahren abzuschließen. Auf britischen Wunsch verzichtete sie in ihrem Memorandum vom November 1944 auf die Unterscheidung zwischen der Vertreibung der Schuldigen und der Aussiedlung der übrigen Deutschen⁹⁴. Den Widerstandsgruppen in der besetzten Heimat hatte Beneš jedoch im Juli 1944 mitteilen lassen: Da die Tschechoslowakei aufgrund internationaler Regelungen vielleicht nur einen Teil der Deutschen, und zwar maximal zwei Millionen aussiedeln könne, müsse dafür gesorgt werden, daß in den ersten Tagen nach der Befreiung, d. h. noch vor einer internationalen Entscheidung, möglichst viele „schuldige Nazis“ aus Angst vor Rache möglichst weit fliehen. Schon bei der Besetzung der Sudetengebiete sollten jene Gegenden von Deutschen „gesäubert“ werden, in denen das tschechische Element traditionell stark vertreten sei⁹⁵. Dies war ein Aufruf zu Aktionen, die als „wilde Vertreibungen“ mit den umfangreichsten und härtesten Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung in die Geschichte eingingen.

Aus dem Gegensatz zwischen den im Exil formulierten Plänen und dem Umfang und der Art der Vertreibung haben sudetendeutsche Historiker den Schluß gezogen,

⁹² Vermerke C. O'Neill mit Marginalie Roberts, I. Troutbeck, E. A. Walker, D. Allen, F. Roberts, T. H. Marshall vom 28. 2.–9. 3. 1944, in: Ebenda; vgl. auch Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: Ebenda 371/38946, C16563/1347/12.

⁹³ Vgl. Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom Nov. 1944, in: Ebenda 371/39092, C6110/220/18.

⁹⁴ Vgl. Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: Ebenda 371/38946, C16563/1347/12.

⁹⁵ Bericht Drtina vom 16. 7. 1944, in: Slovenské národné povstanie. Dokumenty. Zostavil Vilém Prečan, Bratislava 1965, Nr. 99.

daß diese Pläne der „Irreführung der Alliierten“ dienten⁹⁶. Beneš habe „eine ‚Endlösung‘ nach faschistischem Muster, nämlich die totale Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen“ angestrebt: „Seine ganze Kriegsdiplomatie war auf dieses schlechtweg kriminell zu nennende Ziel abgestellt.“⁹⁷ Ein amerikanischer Historiker lud Beneš die „geschichtliche Verantwortung für die Entstehung des Vertreibungs-Syndroms auf, das dann nicht nur die Sudetendeutschen ... befiel“⁹⁸. Nach dem Krieg haben Beneš selbst und seine Anhänger das Verdienst für die fast totale Aussiedlung der Deutschen für sich reklamiert⁹⁹. Andere, tschechische wie auch deutsche Historiker, wiesen dagegen auf die allmähliche Verschärfung der Pläne infolge der Radikalisierung des Krieges und der Besatzungspolitik hin¹⁰⁰ oder kennzeichneten die Aussiedlungspläne als „variantenreiche Planspieler“¹⁰¹. Der New Yorker Aktenfund berechtigt nun zusammen mit den weiteren zitierten Belegen aus den Akten des Foreign Office zu der Aussage, daß Beneš trotz der erwähnten Radikalisierung und trotz des Drucks aus der Heimat erstaunlich lange an seiner Kompromißlösung – Teilabtretung, Teilvertreibung, Assimilation der Restminderheit – festgehalten hat.

⁹⁶ Vgl. z. B. Rudolf Hilf, *Deutsche und Tschechen. Bedeutung und Wandlung einer Nachbarschaft in Mitteleuropa*, Opladen 1973, S. 86.

⁹⁷ Friedrich Prinz, *Beneš, Jaksch und die Sudetendeutschen*, Stuttgart 1975, S. 9.

⁹⁸ Alfred M. de Zayas, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*, München 1980, S. 56.

⁹⁹ Beneš, *Paměti*, S. 312–331; Radomír Luža, *The transfer of the Sudeten Germans. A study of Czech-German relations, 1933–1962*, London 1964; Elisabeth Wiskemann, *Germany's Eastern neighbours*, London 1956, S. 62.

¹⁰⁰ Ferdinand Seibt, *Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas*, München 1974, S. 277.

¹⁰¹ Klaus-Dietmar Henke, *Der Weg nach Potsdam – die Alliierten und die Vertreibung*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt a. M. 1985, S. 61.